

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

02.05.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>RWE will sich aus LNG-Terminal-Projekt auf Rügen zurückziehen</b> <i>tagesspiegel.de, 28.04.2023</i> .....	3
2   <b>Umweltausgleich für Nord Stream 2 stottert: Kein Wunder</b> <i>Ostsee-Zeitung.de, 28.04.2023</i> .....	4
3   <b>„Wir brauchen jetzt Durchhaltevermögen“</b> <i>Berliner Zeitung, 29.04.2023</i> .....	5

 tagesspiegel.de | 28.04.2023 Der Tagesspiegel WEBLINK

## RWE will sich aus LNG-Terminal-Projekt auf Rügen zurückziehen

Der Essener RWE-Konzern will sich aus dem LNG-Terminalprojekt auf Rügen zurückziehen. Dies haben nach SPIEGEL-Informationen Konzernvertreter dem Bundeswirtschaftsministerium vor Kurzem mitgeteilt.

Ursprünglich hatte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) den Essener Energiekonzern RWE dafür gewonnen. RWE-Leute begannen die Planung, sprachen mit der Landesregierung in Schwerin, wurden bei Bürgermeistern vorstellig. Der Konzern schickte zwei Spezialschiffe los, um den Meeresboden vor der Küste zu untersuchen. Doch gegen den geplanten Bau des Terminals regte sich heftiger Widerstand.

Die Absage von RWE hat sich schon seit Wochen angekündigt. Als RWE-Chef Markus Krebber bei der Bi-

lanzvorlage im März auf Rügen zu sprechen kam, äußerte er sich bereits sehr vorsichtig: RWE sei ein möglicher Dienstleister, der helfen könnte, Infrastruktur aufzubauen.

Doch die Bundesregierung habe noch nicht entschieden, was überhaupt gebaut werden soll. Auf Anfrage betonte der Konzern, dass er LNG-Infrastruktur generell nicht dauerhaft betreiben wolle und davon ausgehe, das Geschäft absehbar an andere Akteure übergeben zu können.

Diese Haltung sei „natürlich auch dem Bundeswirtschaftsministerium bekannt“. Mit der Absage dürfte sich die für diesen Winter geplante Inbetriebnahme des umstrittenen Terminals verzögern.

 Ostsee-Zeitung.de | 28.04.2023 Martina Rathke WEBLINK**KOSTENFREI BIS 08:00 UHR LESENKOMMENTAR**

## Umweltausgleich für Nord Stream 2 stottert: Kein Wunder

### Rostock

*Das Land ist mit der Baugenehmigung für den Pipelinebau in eine riskante Vorleistung gegangen, meint OZ-Chefreporterin Martina Rathke. Denn es hat darauf verzichtet, sich zeitgleich das Geld für die Kompensation zu sichern.*

Die beiden Ostseepipelines waren Megabauten, für die die Nord Stream AG und die Nord Stream 2 AG zu millionenschweren Ausgleichsmaßnahmen verpflichtet wurden. Oftmals gab es Streit: Bauern auf Rügen wehrten sich erfolgreich gegen die Umwandlung von Acker- in Grünland. Und auch in Bargischow, wo durch den Deichrückbau großräumig trockengelegte Flächen wiedervernässt werden, hielt sich die Begeisterung in Grenzen.

Aber es wurden auch Maßnahmen angeschoben, die von Beginn an breite Akzeptanz fanden. Ein Beispiel ist die Ausrüstung von Abwasserwerken mit einer teuren zusätzlichen Klärstufe. Zum Teil sind die Projekte auf ein Vierteljahrhundert angelegt und müssen daher weitergeführt werden.

### Umweltausgleich für Nord Stream 2 stottert: Kein Wunder

Mit dem Krieg in der Ukraine und dem Nord-Stream-2-Aus begann der Geldfluss aus der Schweiz für den Umweltausgleich zu stottern. Verwunderlich ist das nicht.

Erstaunlich ist, dass die Genehmigungsbehörden darauf vertraut haben, dass der Pipelinebauer seinen Kompensationsverpflichtungen für den Natureingriff auch über diesen langen Zeitraum nachkommt. Das Land ist mit der Baugenehmigung in eine riskante Vorleistung gegangen, ohne sich zeitgleich das Geld für die Kompensation zu sichern. Wer nun die Zeche dafür zahlt, bleibt offen. Die Forderungen sind beim Sachwalter der konkursgefährdeten Nord Stream 2 AG angemeldet. Doch damit ist noch nicht garantiert, dass das Geld tatsächlich fließt.

## „Wir brauchen jetzt Durchhaltevermögen“

### Nach dem Abschalten der Atomkraftwerke spricht Wolfram König, Deutschlands oberster Atom- müllentsorger, über echte Gefahren, vergangene Gefechte und die Strahlungskraft von 1900 Castoren

Die letzten Atomkraftwerke sind am 15. April vom Netz gegangen. Übrig bleibt strahlender Müll. Wie geht es dem Mann, der darauf aufpassen muss? Ein Gespräch mit Wolfram König, dem Präsidenten des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung.

#### Herr König, wie lange suchen Sie schon nach einem Endlager für den deutschen Atommüll?

Seit 1994 beschäftige ich mich beruflich mit der Endlagerfrage. Damals habe ich als Staatssekretär in Sachsen-Anhalt erlebt, wie man von Bundeseite Sicherheitsfragen politischen Interessen untergeordnet hat. Die Wahrnehmung im neuen Bundesland war so, dass die DDR zwar als Umweltfrevler dastand, auf der anderen Seite aber das mit der Vereinigung zugefallene Endlager Morsleben offenbar gut genug war, um dort die atomaren Abfälle aus westdeutschen Zwischenlagern im Wortsinn billig loszuwerden.

#### Was haben Sie dagegen unternommen?

Als Staatssekretär im Umweltministerium war ich die Genehmigungsbehörde und habe versucht, die offenen Sicherheitsfragen in den Vordergrund zu stellen. Dieses Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle besaß keinen Langzeitsicherheitsnachweis entsprechend dem Atomrecht der Bundesrepublik. Gleichwohl wurden neben ostdeutschen vor allem Abfälle aus dem Westen in dieses Endlager gebracht – in wenigen Jahren nach 1990 mehr als zu Zeiten der DDR. Das damalige Bundesumweltministerium hatte sich mit mehreren Weisungen über die fachlichen Bedenken des Landes Sachsen-Anhalt hinweggesetzt. Erst 1998 konnte das durch eine Klage gestoppt werden.

#### Ist der Müll noch dort?

Ja, das Ziel ist nach wie vor, dass der Abfall, der bereits unter Tage liegt, dort bleibt. Weil das Salz bis an seine Grenzen ausgebeutet wurde, dringt aber wie in

der Asse, dem westdeutschen Pendant, Wasser ein. Fakt ist aber auch, dass Morsleben insgesamt stabiler ist. Die fehlende geologische Schutzbarriere soll nun durch technische Bauwerke ausgeglichen werden. Der Nachweis, dass das funktioniert, steht aber seit mehr als 20 Jahren aus.

#### Die Zeiträume bei den Genehmigungsprozessen für den Atommüll sind enorm. Geht es Ihnen manchmal auf die Nerven, wie lange wir zum Beispiel nach einem Endlager für die hochgefährlichen Abfälle suchen?

Auf jeden Fall braucht man Durchhaltevermögen. Ich bin 1999 Präsident des Bundesamts für Strahlenschutz geworden und war damit Betreiber mit umfangreicher Verantwortung für alle Endlagerprojekte: Morsleben, Schacht Konrad, Gorleben, später die Asse. Nach Altlasten wie Asse und Morsleben wird mit Schacht Konrad das erste nach strengem Atomrecht genehmigte Endlager gebaut. Und bei den hochradioaktiven Abfällen ist jahrzehntelang über den richtigen Weg gerungen worden, bevor die Suche auf die Füße gestellt und neu gestartet worden ist. Diesen Weg müssen wir jetzt als Gesellschaft konsequent weitergehen. Ich habe also Höhen und Tiefen bei der Endlagerfrage in meinem Berufsleben in vollem Umfang erlebt.

#### Wenn wir schon bei Tiefpunkten sind: In der Asse ist Wasser, das in den Stollen gelaufen ist, kontaminiert worden. Was haben wir daraus für die Endlagersuche gelernt?

Die offene Endlagerfrage für die gefährlichsten radioaktiven Abfälle ist immer kleingeredet worden. Sie wurde systematisch unterschätzt. Immer wieder wurde erzählt, technisch sei alles gelöst und nur noch ein politisches Problem. Das ist ein großer Irrtum. Endlagerfragen sind hochkomplex und weltweit kaum beantwortet. Das erste Endlager geht in naher Zukunft in Finnland in Betrieb. Die Bundesrepublik und auch die

DDR hatten sich immerhin auf den Weg gemacht und für die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle einen Standort gesucht. Aber man ist eben zunächst den irrigen Weg gegangen, dafür alte Bergwerke zu nutzen. Diese haben leider keine ausreichenden Schutzschichten. Das hat zur Asse und zu Morsleben geführt. Und die Standortauswahl von Gorleben war keine wissenschaftlich begründete. Aus diesen Fehlern wurde gelernt. Nach Fukushima wurde deutlich, dass es so nicht weitergeht. Die Endlagerfrage auch für die hochradioaktiven Stoffe wurde dann noch einmal neu aufgesetzt.

### **Das war 2011. Warum sind wir heute immer noch nicht so weit, dass wir wenigstens einen Standort benennen können?**

Die jeweiligen Schritte zu einem sicheren Endlager müssen wissenschaftsbasiert, transparent und nachvollziehbar sein. Und eine wichtige Lehre war: Gegen die Bevölkerung kann man so ein Endlager nicht durchsetzen. Man muss Beteiligung anbieten, und die Suche muss sich an klaren und festen Kriterien orientieren, die vorher festgelegt werden. All dieses braucht seine Zeit.

### **Ganz anders als in Gorleben also?**

Ja, in Gorleben war die Auswahl des Standorts nicht nachvollziehbar, und die Aussagen der Eignung wurden dem jeweiligen Stand der Erkenntnis durch die Erforschung dieses Salzstockes quasi angepasst.

### **Geeignete Standorte mit Salz-, Ton- oder Granitgestein findet man nun aber überall – auch in der Region Berlin?**

Viel Auswahl ist zunächst gut. Jede dieser Gesteinsformationen hat Vor- und Nachteile. Granit ist zum Beispiel sehr standfest – robust gegen mechanische Einflüsse etwa in einer Eiszeit. Aber es ist durchlässig, Wasser kann eindringen. Salzgestein ist sehr dicht, kann sich aber bei Kontakt mit Wasser lösen. Ton bewegt sich dazwischen. Es gibt nicht das eine beste Gestein für eine Endlagerung. Wir konzentrieren uns jetzt nicht mehr wie früher auf eine Gesteinsart wie zum Beispiel Salz. Jetzt werden alle Wirtsgesteine in Betracht gezogen, dann wird nach festgelegten Kriterien die Auswahl eingegrenzt, bis nur noch zwei, drei übrig sind, die dann detaillierter untersucht werden. Und die Erkenntnis ist, dass zumindest die Geologie in und um Berlin nicht von vornherein grundsätzlich ungeeignet erscheint.

### **Haben Sie Hoffnung, dass der Ort bis 2031 gefunden wird?**

Nein. Das Unternehmen, das mit der Standortsuche beauftragt ist, die Bundesgesellschaft für Endlagerung, hat im vergangenen Oktober mitgeteilt, dass ihre Suche bis zu mehreren Jahrzehnten länger als zunächst angestrebt dauern könnte. Diese Verzögerung hat Auswirkungen, die derzeit mit dem federführenden Umweltministerium analysiert werden.

### **Wir haben 30 abgeschaltete Atomkraftwerke in Deutschland. Heißt das, der strahlende Müll bleibt jetzt einfach länger an den Standorten liegen?**

Darauf läuft es leider hinaus. Eine Verlängerung der Zwischenlagereignisungen wird es jedoch nur geben, wenn alle Sicherheitsvorkehrungen nachweislich von den Betreibern eingehalten werden. Es gab ja historisch eine Entscheidung gegen zentrale Zwischenlager, um Transporte von abgebrannten Brennelementen zu vermeiden. So hat man nur noch jeweils einen Transport der Castorbehälter ins Endlager, wenn es dann einmal fertig ist. Als diese Entscheidung Anfang der 2000er-Jahre getroffen wurde, ging man davon aus, dass Mitte der 2030er-Jahre ein betriebsfähiges Endlager existieren würde. Deshalb ist die Betriebsgenehmigung von mir auf 40 Jahre befristet worden.

### **Und wie sieht es jetzt aus?**

Alle 16 bestehenden Zwischenlager sind betroffen. Die Genehmigung für das oberirdische Zwischenlager in Gorleben läuft als erstes 2034 aus. Die Betreibergesellschaft muss sich jetzt um die Sicherheitsnachweise kümmern. Da sind Forschungsvorhaben nötig. Es muss zum Beispiel nachgewiesen werden, dass die Behälter, die sogenannten Castorbehälter, weiter absolut dicht bleiben.

### **Gegen Castortransporte gab es erbitterten Widerstand. Welchen Einfluss hat das heute noch?**

Jeder Transport ist mit möglichen Risiken verbunden. Deshalb ist es gut, wenn die Behälter nicht unnötig bewegt werden müssen. Die Proteste führten aber auch dazu, dass in Folge der unterbrochenen Entsorgung von abgebrannten Brennelementen die Abschaltung der Kernkraftwerke drohte. Deshalb war es auch ein Wunsch der Betreiber, an allen Standorten Zwischenlager einzurichten.

### **Fürchten Sie keinen Widerstand in der Bevölkerung beim Endlager-Standort?**

Wir tragen den Rucksack unserer Geschichte mit uns. Wir haben heftige Auseinandersetzungen geführt über die Frage pro und contra Kernenergie. Es ging auch

immer um die ungelöste Entsorgungsfrage. Manche gute Lösungsmöglichkeit ist nicht auf den Weg gebracht worden, auch weil immer wieder das Argument kam, ein Endlager sei wie eine Landebahn für die Fortsetzung einer nicht zu verantwortenden Technologie. Gleichzeitig wurden wichtige kritische Stimmen, wie bei der Asse, ignoriert. Jetzt, mit dem Abschalten der Reaktoren, haben wir eine Chance, die bleibende Aufgabe der sicheren Entsorgung gemeinsam zu lösen.

### **Welche denn?**

Die Menge des Atomabfalls ist mit dem Abschalten begrenzt.

### **Über wie viel Müll reden wir insgesamt?**

Zusammen sind es 1900 Castoren hochradioaktiver Abfall und 600.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktiver Abfall. Damit weiß man, für welche Mengen wir ein Endlager suchen. Zum anderen geht es jetzt nicht mehr um eine Landebahn für den Weiterbetrieb, um im Bild zu bleiben. Es geht darum, sich gemeinschaftlich auf den Weg zu machen, um eine Situation herzustellen, dass man den Abfall tief unter der Erde sicher weiß und so für eine sehr lange Zeit vergessen kann.

### **Eine Million Jahre?**

Das gesetzlich festgelegte Ziel ist, dass die Geologie eine Million Jahre stabil bleiben soll. Durch den Einsatz von Behältern, die nicht zerstört werden und durch eine Dokumentation über 500 Jahre soll aber auch sichergestellt werden, dass nachfolgende Generationen, wenn sie feststellen, dass sie doch eine bessere Lösung haben oder sie die Stoffe nutzen können, die Behälter aus dem Bergwerk wieder herausholen können.

### **Das sind doch aber Zeiträume, die nicht zu überschauen sind.**

Deswegen ist die Beantwortung hochspannend und eine anspruchsvolle wissenschaftliche Aufgabe, vor allem, wenn man sich anguckt, wie wir derzeit Dokumente speichern.

### **Aber wie wollen Sie die Bevölkerung für diesen Kurs gewinnen?**

In dem ganzen Geschäft geht es immer auch um Vertrauen. Mit der Neuaufstellung der Endlagersuche ist all das, was lange Zeit kritisiert worden ist, beantwortet worden – die zu große Nähe von Politik und einzelnen Wirtschaftsunternehmen, die fehlende wissenschaftliche Unabhängigkeit, das nicht ausreichend

pluralistische Betrachten. Aber richtig ist, dass wir derzeit manche Debatten so führen, als ob das alles nicht stattgefunden hätte.

### **Nehmen wir mal an, es würde ein Standort in der Nähe von Berlin ausgesucht. Würden Ihnen dann nicht knapp vier Millionen Menschen die Tür eintreten?**

Man wird sehen, ob es diese Konfrontationsstellung zwischen Staat und Zivilgesellschaft dann noch gibt. Möglicherweise gibt es ja doch eine gesellschaftliche Verantwortung anstelle alter Konfrontationslinien, und dann wird man vielleicht sagen, 60 Jahre lang haben wir diese Stoffe produziert, es ist gut, dass wir ausgestiegen sind, aber jetzt müssen wir uns alle gemeinsam darum kümmern, dass wir einen sicheren Standort finden.

### **Wir wollen Sie so eine verantwortungsvolle Sicht befördern?**

Ganz entscheidend wird sein, dass die Region, die ausgesucht wird, nicht als Verlierer dasteht. Bislang haben wir eine sehr negative Debatte über solche Standorte – ganz anders als zum Beispiel in Schweden oder Finnland, wo die Auswahl eher als Gewinn gesehen wird, weil damit auch Forschungseinrichtungen und umfangreiche Infrastruktur verbunden sind.

### **Die Menschen in einer solchen Region sollen die Kröte schlucken und das Beste daran sehen?**

Es geht nicht um das Abkaufen von Sicherheitsfragen. Wenn eine Region eine nationale Aufgabe auf sich nimmt, bekommt sie etwas dafür. Die negative Sicht versperrt den Blick. Die Übernahme von Verantwortung verdient mehr als nur Anerkennung.

### **Den Müllexport ins Ausland schließen Sie aus?**

Ich halte das nicht für verantwortungsvoll. Den hochgefährlichen Abfall einfach zu verschieben, obwohl wir in Deutschland geeignete geologische Voraussetzungen haben, kann keine gerechte Lösung sein. Und es ist auch zu Recht gesetzlich verboten.

### **Zurück zum Endlager: Die Atomkraftwerke sind abgeschaltet, aber darüber, wie es weitergeht, redet niemand. Warum eigentlich?**

Das Abschalten der Reaktoren führt dazu, dass die Aufmerksamkeit für das Thema schwindet. Wir brauchen ein Verständnis in den Institutionen, dass wir uns darum kümmern, auch wenn es keinen mehr interessiert. Zwischenlager können zum Sicherheitsrisiko werden. Jeder der dort lagernden Castor-Behälter hat in etwa

eine zugelassene Strahlungsaktivität, wie sie in Tschernobyl freigesetzt wurde. Die große Herausforderung wird sein, dieses Thema in all den politischen Generationen, die sich noch damit beschäftigen müssen, immer wieder wachzuhalten.

### **Das Problem hat sich ins Gegenteil verkehrt?**

Ja, die politische Generation, die in vielen Jahren über das Endlager zu entscheiden hat, muss wieder neu an das Thema herangeführt werden. Wir werden sicher noch 60 Jahre lang die Aufmerksamkeit immer wieder neu auf das Thema lenken müssen. Die Gefahr, dass nach dem Abschalten der letzten Atomkraftwerke in Deutschland das Thema in Vergessenheit gerät, ist groß – dabei ist das letzte Kapitel der Nutzung, die sichere Entsorgung, noch nicht fertig. Daran schreiben wir erst gerade.

### **Es wird noch 60 Jahre dauern, bis das Endlager fertig und der Atommüll endlich unter Tage eingeschlossen sein wird?**

Das ist meine Prognose, und sie ist durchaus optimistisch. Wir haben 60 Jahre lang diese Produktion akzeptiert, und selbst mit dem Abschalten jetzt haben wir noch einmal den gleichen Zeitraum vor uns. Es ist eine Herkulesaufgabe für die Gesellschaft, so lan-

ge aufmerksam zu bleiben, wach zu bleiben, junge Leute an das Thema heranzuführen, die Sicherheitsrisiken im Blick zu behalten und die notwendige Arbeit auch wirklich zu erledigen. Es geht darum, Verantwortung zu übernehmen. Wenigstens institutionell sollte es funktionieren, damit die Sicherheit dauerhaft gewährleistet bleibt. Das hat mich getragen während meiner Berufstätigkeit. Ich bin ja nicht gerade ein glühender Verfechter dieser Technologie.

### **Wo werden wir denn mit dem Endlager landen, haben Sie eine Idee?**

Eine solche Antwort würde genau die alten Fehler wiederholen. Es darf noch nicht einmal der Eindruck entstehen, dass notwendige politische Entscheidungen nicht auf der Grundlage nachvollziehbarer fachlicher Abwägungen erfolgen. Kein Standort darf ausgeschlossen werden, der die notwendige geologische Voraussetzung bieten kann.

### **Wann wird denn die engere Auswahl jener Standorte bekanntgegeben, die weiter untersucht werden sollen?**

Das Unternehmen, die BGE, hat uns mitgeteilt, dass es leider fünf Jahre länger dauern soll, also nicht vor 2027.